

Die europäische und internationale Dimension des Mauerfalls

Befreiung aus der eisernen Umklammerung

Marianne Kneuer

Besondere Momente der Geschichte werden gerne in Metaphern gefasst. So goss Churchill seinerzeit die sich abzeichnende Teilung Europas in das Bild des Eisernen Vorhangs, das er zwar nicht erfunden hatte, mit dem er aber zwei Dinge sehr treffend zum Ausdruck brachte: die undurchdringliche Abschottung, die die „sowjetische Sphäre“ erreichen wollte, und – durch das Adjektiv „eisern“ – die Härte, die für die Menschen damit einherging. Was Churchill wahrscheinlich eher nicht mit diesem Bild verband, war die Reversibilität, die Vorhänge implizieren: So wie sie sich senken können, lassen sie sich auch emporziehen, beiseiteschieben oder mit einer Kneifzange durchlöchern. Um die Geschehnisse des Jahres 1989 wiederzugeben, war man derweil weniger erfindungsreich, was die Bildhaftigkeit angeht. „Samtene Revolution“ klingt dabei geradezu suggestiv im Gegensatz zu dem nüchternen Begriff „Mauerfall“. Allerdings mag dies auch kaum verwundern, hatte doch dieses Stein gewordene Mal perfiden Geistes längst jeden um Bilder ringenden Versuch durch seine reale Existenz übertroffen.

Auch wenn die Mauer in Deutschland aufgerichtet wurde und gegen Deutsche gerichtet war, so symbolisierte sie aber nicht nur die Teilung eines Landes. Sie stand zudem für die gleichermaßen schmerzhafte Teilung eines ganzen Kontinents und für die weltweite ideologische Spaltung. Als Ronald Reagan 1987 Michael Gorbatschow zurief „Tear this

wall down!“, ging sein Blick daher über Deutschland hinaus, indem er die Person adressierte, die die unfreien Teile Deutschlands und Europas aus dieser eisernen Umklammerung zu lösen vermochte.

Ebenso wie die Existenz der Mauer birgt insofern auch ihr Fall eine dreifache Dimension: eine deutsche, eine europäische und eine internationale. Der Mauerfall katalysierte die Wiedervereinigung Deutschlands, die Wiedervereinigung Europas und ließ die bipolare Weltordnung zerbröckeln, womit jener Zeitabschnitt des Kalten Krieges beendet wurde. Der Mauerfall stellt jedoch nicht nur das Ende der Nachkriegsantagonismen dar. 1989 verkörpert Anfangspunkte dreier zentraler Ziele: Demokratie, Einheit Europas sowie Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In Deutschland konnte dies für die Bürger der neuen Bundesländer relativ rasch erreicht werden. Für die anderen ehemals sozialistischen Länder war es ein deutlich längerer und beschwerlicherer Weg, insbesondere in die Europäische Union (EU). Die EU galt dabei als eine Art Kristallisierungspunkt all jener Ziele: Sie stand für Demokratie, Wohlstand und barg jenen wichtigen Aspekt einer europäischen Identität. „Rückkehr nach Europa“, Petition und Appell zugleich, wurde umgehend zum Begleitmotiv der Befreiungsbewegung. Nachdem Identitätsbildung, auf welcher Ebene auch immer, von der Sowjetunion Jahrzehntelang unterdrückt worden war, bedeutete das Ende der sowjeti-

schen Dominanz die Rückkehr zur Identität. Identität wurde zu einem Schlüsselbegriff in dem plötzlich entstandenen Zugehörigkeitsvakuum.

Absage an Mitteleuropa

Das Ende der Teilung Europas eröffnete der kulturellen und politischen Identitätssuche neue Perspektiven. In den 1980er-Jahren hatten Intellektuelle den Mitteleuropa-Gedanken wiederentdeckt, in dem sich sowohl die Verortung einer kulturell-geistigen und regionalen Zusammengehörigkeit und ein neuer „Denkraum“ (Karl Schlögel) jenseits des sowjetisch oktroyierten Internationalismus manifestierte als auch eine politische Aussage kristallisierte, die sich systemkritisch gegen den Sozialismus abgrenzte. Die überwiegend tschechischen und ungarischen Intellektuellen, die die Mitteleuropa-Debatte maßgeblich prägten – Milan Kundera, György Konrád und Václav Havel –, verbanden darin auch ihre bürgerschaftlichen und „antipolitischen“ Vorstellungen. Mitteleuropa war auch ein Versuch, die Antithese von Ost und West zu überwinden, wobei es in der Selbstverortung derweil Nuancen gab. So betonte Kundera, dass die Länder Mitteleuropas zwar zwangsläufig in den sowjetischen Machtbereich eingegliedert worden waren, sich aber kulturell immer zum Westen gehörig gefühlt haben. Mitteleuropa, so Kundera, sei der durch die Katastrophe von Jalta entführte Westen, der verschleppt und einer Gehirnwäsche unterzogen worden war, der aber darauf bestehe, seine Identität zu verteidigen (in: „Aufbruch nach Mitteleuropa“).

Konrád und Havel dagegen betrachteten Mitteleuropa in Abgrenzung sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber dem Osten. In dieser Variante verbanden sich mit der mitteleuropäischen Symbolik – jenseits der geistig-kulturellen Projektion – sicherheitspolitische Neutra-

litätswünsche, die Idee der Blockfreiheit und eine pazifistische europäische Sicherheitspolitik. So György Konrád: „Wenn wir unsere tatsächlichen Sicherheitsinteressen verfolgen, dann dürfen wir keinem Militärbündnis angehören.“ (in: „Antipolitik“) Ihm schwebte ein neutraler Status wie der Finnlands oder Österreichs vor. Dieses Neutralitätsstreben prägte auch das Denken der tschechischen Dissidenten um Václav Havel. Er betrachtete – ganz anders als Kundera – Mitteleuropa als eine Region, die sich sowohl vom westlichen Individualismus als auch vom östlichen Kollektivismus unterschied, eine Region mit ganz eigenen Werten, was sich in seinem Amt als Staatspräsident anfänglich in dem Plädoyer einer Auflösung der Blöcke und einem davon unabhängigen europäischen Sicherheitssystem niederschlug (siehe unter anderem seine Rede vor dem polnischen Sejm am 25. Januar 1990). Es dauerte allerdings nicht lange, bis Havel sich von diesem trichterförmigen Europabild weg bewegte. So sagte er in einem späteren Essay mit dem bezeichnenden Titel „Die Suche nach einem neuen europäischen Zuhause“: „Wir wollen niemandes Satellit mehr sein. Zugleich wollen wir aber auch nicht irgendwo im luftleeren Raum schweben und glauben, wir könnten uns selbst genügen ... Umso weniger wollen wir eine seltsame Art von Pufferzone oder Niemandsland zwischen den explosiv sich ändernden Staaten der ehemaligen Sowjetunion und dem demokratischen Westeuropa sein.“

Sowohl die Wiederbelebung der mitteleuropäischen Identität als auch die Neutralitätsgedanken wurden jedoch verdrängt von einer neuen Perspektive, die ebenfalls sowohl kulturelle als auch politische Verortung versprach: nämlich die Europäische Gemeinschaft. Mit der Annäherung an die EG – und sehr bald wurde daraus der Wunsch, ihr anzugehören – konnte sowohl kulturell wie politisch jene ersehnte Rückkehr nach Europa

umgesetzt werden. Spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte das Konstrukt eines neutralen Mitteleuropas oder auch eines neutralen Europas an Attraktivität verloren, das Streben nach einer Mitgliedschaft in der EG und der Wunsch nach Sicherheit in der NATO dominierten.

Die europäische Perspektive

Der EG kam schnell eine Schlüsselrolle für die weitere Gestaltung der im *annus mirabilis* 1989 ausgelösten Prozesse zu. So wurde die europäische Einbindung eines gerade für Frankreich und Großbritannien zu großen und zu mächtigen wiedervereinigten Deutschlands zu dem einzigen Weg, der Befürchtungen um deutsche Sonderwege ausräumen ließ. Ähnlich wie bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sollte eine vertiefte Integration der EG die Einhegung Deutschlands garantieren. Zwar hatte Kommissionspräsident Jacques Delors bereits vor 1989 die Idee einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) entwickelt, aber ihre Umsetzung erlangte durch die im Zusammenhang mit der deutschen Frage nun prioritätär betrachtete Vertiefung der europäischen Integration zusätzliche Bedeutung. François Mitterrand verknüpfte die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung mit der Beschleunigung der europäischen Vertiefung. 1990 wurden die Regierungskonferenzen für die WWU und die Politische Union ins Leben gerufen. Damit rückte die von den ostmitteleuropäischen Staaten erhoffte rasche Beitrittsperspektive auf der Tagungsordnung nach unten. Die EG war sich ihrer Verantwortung und der hohen Erwartungen der Länder durchaus bewusst. Sie setzte ein umfassendes Instrumentarium in Gang, das in finanzieller Unterstützung und in der Begleitung der wirtschaftlichen und politischen Reformprozesse bestand. Neue Programme (wie

PHARE), Institutionen (wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und die weitreichenden Assoziierungsabkommen (Europa-Abkommen) wurden geschaffen. Eine Beitrittsperspektive aber wurde erst 1993 eröffnet, nachdem die deutsche Einheit und die Integration der fünf neuen Bundesländer vollzogen war, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Vertrag von Maastricht abgeschlossen und nachdem der ebenfalls parallel laufende Beitrittsprozess der Norderweiterung beendet waren. Ab 1998 begannen dann die Verhandlungen mit den zehn ostmittel-europäischen Staaten, und bis 2007 wurden sie zusammen mit Zypern und Malta Mitglieder.

Anreiz und Rahmen für Demokratisierung

Ohne an dieser Stelle auf die andernorts ausreichend beschriebenen Einzelheiten einzugehen, die zweifelsohne – nicht wenige – Schwächen, Probleme und Fehler der EG/EU beinhalten, unterstreicht gerade die Retrospektive auf die letzten zwanzig Jahre zwei zentrale Urteile:

Zum einen die Tatsache, dass die Aufgaben, die sich für die EG aus den Entwicklungen im Jahr 1989 ergaben, die größte Herausforderung seit ihrem Bestehen war. Die Osterweiterung war sowohl in ihrer quantitativen als auch in der qualitativen Dimension der Aufnahme dieser zehn Länder präzedenzlos. Die EG hielt kein *grand design* für die Wiedervereinigung Europas bereit, als die Mauer fiel. 1989 hatten wahrscheinlich wenige die konkreten Formen eines geeinten Europas – zumal mit einer Zeitperspektive – vor Augen. Nicht ohne Grund spricht man von einem *step by step*-Vorgehen der EU, von der inkrementalen und oft nicht linearen Entwicklung einer Strategie für die Osterweiterung, manchmal gar von fehlender Strategie. Das gilt allerdings

nicht für ein beziehungsweise *das* zentrale Element der europäischen Erweiterungspolitik, nämlich die politische Konditionalität. Die Verknüpfung von Beitritt und der Erfüllung politischer Kriterien, wie sie 1993 in den Kopenhagener Kriterien festgeschrieben wurde, war bei der Süderweiterung konstitutiv und wurde bereits seit den 1960er-Jahren (Birkelbach-Bericht) – so schon im Falle des Beitrittsantrages von Franco – angewandt. Die EG verlangte bestimmte demokratische Standards, die sie im Zuge der Verhandlungen weiter differenzierte. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Kriterien, bei deren Erfüllung flexibler vorgegangen wurde, stellten die politischen Kriterien eine unabdingbare Voraussetzung zum Beitritt dar. Die europäische Demokratieförderung zeichnet sich dadurch aus, dass sie einen Anreiz, aber auch einen nachhaltigen Rahmen für Demokratisierung bietet, wobei gleichzeitig die Reformprozesse nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell und technisch unterstützt werden.

Erweiterung als Erfolgsgeschichte

Nicht zuletzt dieses europäische Paradiigma von Integration und Demokratisierung hat, zweitens, dazu beigetragen, dass die Osterweiterung ebenso wie seinerzeit die Süderweiterung zu einer heute unbestrittenen Erfolgsgeschichte geworden ist. Die beiden Erweiterungsrunden mit ehemals diktatorischen Ländern verdeutlichen die Anziehungskraft der EG als Gravitationszentrum für diejenigen Gesellschaften, die sich das dort vertretene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Modell wünschten. Es ist immer unzutreffend gewesen, die EG auf die wirtschaftlichen Aspekte zu reduzieren, aber gerade nach 1989 hat sich gezeigt, wie groß die Strahlkraft des kulturell-geistigen Europas, des Europas gemeinsamer geschichtlicher Traditionen, aber auch des Europas eines demokrati-

schen Wertesystems ist. Das Vorbild der gelungenen Konsolidierung Südeuropas, begleitet und unterstützt von der EG, ergänzte diese Wahrnehmung der Integration als Rahmen für erfolgreiche Demokratisierung und Transformation. Eine ähnliche Situation besteht nach der Osterweiterung wiederum im Blick auf den West-Balkan, die Ukraine, Georgien und andere Transformationsländer.

Bei allen unbestreitbaren Schwächen der EU auf anderen außenpolitischen Gebieten hat sich die Förderung und Sicherung von Demokratie sowie die damit verbundene Stabilisierung als ein erfolgreiches Feld europäischen Außenhandelns erwiesen. Die EU ist in ihrem Einflussbereich ein relevanter ziviler Exporteur von demokratischen und rechtsstaatlichen Standards und Werten geworden. Und hier liegt auch ein wichtiger Aspekt europäischer Identität: die Identität als demokratische und solidarische Wertegemeinschaft. Dieses Profil stärker herauszustreichen und es auch zum Bezugspunkt für die europäischen Bürger zu machen, das ist leider in den Jahren nach der Osterweiterung versäumt worden.

György Konrád forderte in seiner „Antipolitik“ die damalige westeuropäische EG auf, wenn sie Ostmitteleuropa helfen wolle, solle sie die europäische Identität stärken und die Idee fördern, „wonach Europa Subjekt des eigenen Schicksals wäre, ein Subjekt mit selbstständiger Strategie und selbständigem Profil“ (Seite 62). Dies lässt sich auf das wieder vereinte Europa übertragen: Wenn Europa sich helfen will, dann bleibt Konráds Appell der Schlüssel dazu. Hinzuzufügen wäre: Strategie und Profil müssen zudem nach innen und außen sichtbarer vertreten werden.

Schwindende Gewissheiten

Dass solch ein Profil notwendig ist, von den europäischen Bürgern gewünscht und auch von den Partnern erwartet

Ein historischer Moment: Alois Mock (l.), Österreichs Außenminister, und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn (r.) beim Durchtrennen des Eisernen Vorhangs am 27. Juni 1989.

© picture-alliance/dpa, Foto: apa



wird, hängt mit der dritten Dimension zusammen, die der Fall der Mauer implizierte: Als weltweite ideologische Trennlinie hatte sie Jahrzehntelang eine klar erkennbare binomische Struktur zementiert und damit einfache Orientierungsraster geboten: Freiheit versus Unterdrückung, Demokratie versus Diktatur, Marktwirtschaft versus Lenkung, Pluralismus versus verordnete Einheitlichkeit. Die Gewissheiten, die mit der einfachen Zuordnung in das eine oder andere Lager einhergingen, waren mit einem Schlag ebenso durchlöchert oder zerbröckelt wie die Mauer selbst. Referenzpunkte für Identifikation waren verschwunden oder verschoben und mussten in einem erst noch zu definieren-

den neuen weltpolitischen Koordinatensystem fixiert werden.

Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung

Alle weltpolitischen Akteure mussten ihre Rolle in dieser überaus unübersichtlichen und unsicheren *post cold war*-Situation finden und definieren. Politiker wie Politikwissenschaftler begannen nach einer neuen Weltordnung zu suchen, versuchten neue Strukturen zu prognostizieren oder zu identifizieren. Diese Modelle oder Vorschläge hier nachzuzeichnen würde zu weit führen, zumal die Frage ist, ob es bereits solch eine neue Weltordnung gibt oder ob die Findungsphase noch anhält. Die Feststellung, dass die Welt multipolar

ist, wäre auf jeden Fall wohl zutreffend – welche Pole soll man derweil hinzurechnen? Aufgrund welcher Kriterien werden sie wie gewichtet? Es ist nicht nur die enorme Dynamik Chinas und der Rückfall Russlands in autokratische Zustände, die Festlegungen schwieriger machen. Die Parameter sind auch flüider geworden: Aufgrund der Klimasituation ist die Bedeutung von Schwellenländern wie Indien oder Brasilien neu bewertet; legt man den Maßstab der Energiesicherheit an, treten wieder andere Akteure in den Vordergrund; und mit der globalen Finanzkrise sind gerade in den Festungen wirtschaftspolitischer Klarheit und Kontinuität – siehe USA – in kürzester Zeit unverrückbare Glaubenssätze über Bord geworfen worden. Die einzige klare Trennlinie, die leicht erkennbar ist, bietet ein weiteres Phänomen der Post-1989-Periode: der fundamentalistische islamistische Terrorismus. Die Welt wieder dichotomisch in eine „Achse des Bösen“ und ihre Gegner zu teilen, wie es George W. Bush getan hat, war auch der Versuch, die leere „manichäische Falle des Sendungsbewusstseins“ (Detlev Junker) zu füllen, zu einem übersichtlichen Schwarz-Weiß-Schema zurückzukehren. Eine Sackgasse, wie sich herausgestellt hat.

Nochmals: Der Fall der Mauer hat nicht nur eine Phase beendet, sondern Anfangspunkte gesetzt. Dazu gehören die Welle der Demokratisierung, die sich Bahn brach ebenso wie die neue Weltordnung und auch die damit einhergehende Unsicherheit. Für die EU war in dieser Situation die Rollenfindung allerdings schwieriger als für manch anderen *Global Player*, implizierte dies für sie in jeder Beziehung mehr politische Verantwortung und ebenjene viel deutlichere Profilbildung. Andererseits hat sie es erreicht, mit Ausnahme des West-Balkans, die Großregion zu stabilisieren. Jedenfalls gibt es keinen globalen Akteur, der nach 1989 Demokratieförderung und damit

Stabilisierung erfolgreicher betrieben hat.

Dies wird zusätzlich unterstrichen durch die durchaus ambivalente Entwicklung der Demokratisierungsdynamik. Zwar war das Diktum des Endes der Geschichte schnell vom Tisch, wollten doch die meisten politischen Praktiker und auch die *spin doctors* dieser Teleologie nicht folgen. Die Gewissheit über eine weltweite Verbreitung der Demokratie als Herrschaftsform war dennoch groß. Bald aber wurde die Euphorie über den Sieg der Demokratie von der Evidenz verdrängt, dass die postsozialistischen Demokratisierungsprozesse recht verschiedene Ergebnisse zeitigten. Die ostmitteleuropäischen Staaten nehmen sich in der Gesamtschau als die stabilsten Demokratien aus, während die Reautokratisierungen und prekären oder paralysierten Konsolidierungsprozesse in Osteuropa und Zentralasien deutlich machen, dass das Aufrechterhalten von Demokratie oft eine ebenso schwierige Aufgabe ist wie ihre Etablierung (Andreas Schedler). Für die Demokratie ziehen neuerdings aus ganz verschiedenen Weltwinkeln neue Herausforderungen auf: Da ist etwa der Versuch, populistische Legitimationspraktiken als „bessere“ Demokratie zu verkaufen, oder das Infragestellen der – insbesondere wirtschaftlichen – Leistungsfähigkeit von Demokratien durch enorme Wachstumsraten in Nicht-Demokratien; nicht zuletzt der Terrorismus, der die Balance von Freiheit und Sicherheit in etlichen Ländern ins Wanken gebracht hat.

Die Befreiung aus dem „Prokrustesbett des Eisernen Vorhangs“, wie György Konrád sie sich wünschte und die der Mauerfall 1989 symbolisiert, hat den Deutschen und Europäern jenseits dieses Vorhangs innerhalb eines Jahres Demokratie gebracht. Die Erhaltung der Demokratie aber ist nicht selbstverständlich – das haben die letzten zwanzig Jahre gezeigt, und das zeigt der Blick über Europa hinaus.